



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/11/266- 17. November 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24881-33
Fernschreiber 0886890

Bagatellobeträge für den Luftschutz	S. 1
Die Rolle Shukowa in Krenl	S. 3
Linksruck auch in Baden-Württemberg	S. 5
Zur Rückkehr des DRK-Hilfszuges aus Budapest	S. 6

Zivilbevölkerung bleibt ungeschützt

F.B. In einer Zeit, in der man in allen Zeitungen die Ruinenbilder von Port Said sehen kann, gewinnt das Luftschutzproblem erneut grosse Bedeutung. Aber nicht nur in diesem Zusammenhang ist der Haushaltsansatz für Luftschutzzwecke für das ganze Etatjahr 1957 eine grosse Enttäuschung. Man hätte annehmen dürfen, dass die Bundesregierung im kommenden Haushaltsjahr wenigstens den Betrag bereitstellen würde, mit dem tatsächlich ein Mindestmass an Schutz für die Menschen in unserer Lande geschaffen werden könnte. Das traurige Ergebnis aber ist, dass bis zum 1. April 1956 - so lange läuft der Haushalt 1957 - auch nicht eine einzige D-Mark für die entscheidend wichtigen Massnahmen zur Verfügung stehen wird.

Die Bundesregierung hatte in der letzten Etatdebatte mit ihrem Dreijahresprogramm der Bevölkerung einzureden versucht, dass die Verwirklichung dieses Programms sie vor Angriffen aus der Luft wenigstens relativ schützen werde. Für dieses Programm sollten 1,2 Milliarden DM ausgeworfen werden. Wie aber sind die Tatsachen? Im Haushalt 1955 waren 82 Mio. DM eingesetzt. Für 1956 bezifferte sich der Betrag auf 88 Mio. DM und für 1957 sind 100 Mio. DM in Aussicht genommen. Das sind zusammen 270 Mio. DM, sodass ein Fehlbetrag von 930 Mio. DM besteht.

Wie soll man eine solche Haltung kennzeichnen? Selbst massvoll ausgedrückt, ist diese Haltung der Bundesregierung leichtfertig, grob

fehlrlässig und verantwortungslos. Auf der einen Seite verspricht man der Bevölkerung, sie würde durch die Aufrüstung Schutz und Sicherheit erhalten, auf der anderen Seite aber will man die Bevölkerung - da ein kommender Krieg in erster Linie zunächst ein Luftkrieg sein wird - völlig schutzlos dem Bombenhagel ausliefern und setzt in den Etat nur Beträge ein, die angesichts der Grösse der Aufgabe Bagatellen sind.

Zudem ist noch bekannt, dass der Schäffer'sche Rotstrich bei den Kabinatsberatungen gerade auf diesem Gebiete unerbittlich gewesen ist. So verfiel selbst ein 5 Mio.-Zuschuss zur Instandsetzung von Luftschutzbunkern und für den Bau von Schutzräumen der Ablehnung. Selbst für den Luftschutzwarndienst wurden von 591.000.-- DM für Neubauten der Luftbeobachtungsabteilungen 500.000.-- DM gestrichen. Der gesamte Luftschutzwarndienst ist zudem noch so dotiert, dass man zwar die Ober- und Mittelbehörden einrichten, aber für die eigentlich interessanten Warnämter der unteren Ebene kaum noch Geld zur Verfügung haben wird.

Man könnte diese Beispiele beliebig vermehren. Im Dreijahresprogramm der Bundesregierung sind 150 Mio. DM für die Bevorratung von Medikamenten vorgesehen. Bewilligt wurden nur 8 Mio. DM, obwohl doch Ungarn und die Suez-Krise bewiesen haben, dass Tausende von Menschen zu Grunde gehen mussten, weil man nicht über Medikamente verfügte.

Der Bundesfinanzminister hat kürzlich noch einmal bestätigt, dass er nicht bereit sei, auch nur eine D-Mark mehr zu bewilligen; er will die Verantwortung, obwohl es sich um eine eindeutige Bundesaufgabe handelt, auf die Länder und Gemeinden abwälzen. So handelt eine Bundesregierung, die ihre gesamte Aufrüstung unter der These vertritt, dass man mit einem Krieg mit konventionellen Waffen rechnen müsse. Diese konventionellen Waffen haben im letzten Kriege bei einem halbwegs funktionierenden Warnsystem und vorhandenen Luftschutzbunkern Hunderttausende von schutzlosen Zivilisten getötet. Heute aber ist nichts vorhanden, durch Schuld der Bundesregierung, die schon in drei Haushaltsjahren sozialdemokratische Anträge ablehnen liess, aus dem Verteidigungsetat eine Milliarde DM für den Schutz der Zivilbevölkerung abzuzweigen. Man kann diese Haltung nur als leichtfertig charakterisieren.

Chruschtschows Stärke

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Anzeichen, dass der Kreml mit der "Liquidierung des Stalinistischen Personenkults und seiner Folgen" zu weit gegangen ist, stellten sich bald nach dem 20. Kongress ein. Die Kritik an Stalin trat über die Ufer und führte schliesslich dazu, dass man an den Grundmauern der kommunistischen Ideologie zu rütteln begann.

Das Zentralkomitee der KPdSU und ihr Organ, die "Prawda", sahen sich bereits mehr als einmal zum Eingreifen gezwungen, ganz besonders dann, wenn es um Entgleisungen von Parteifunktionären und prominenten Kommunisten unter den Wissenschaftlern ging. So berichtet zum Beispiel die "Prawda" am 5. April dieses Jahres, dass auf einer Versammlung der Parteiorganisation eines wissenschaftlichen Laboratoriums mehrere Kommunisten die innarparteiliche Demokratie dazu missbrauchten, verleumderische Reden gegen die Politik der Partei und deren leninistische Grundlagen zu halten. Es ist weiterhin die Rede von einem Funktionär, der in einer Parteiversammlung parteifeindliche Erklärungen abgegeben habe, und von demagogischen Äusserungen.

Alle diese Erscheinungen legten die Vermutung nahe, man werde mit dem Abbau des Stalinmythos auf halbem Wege halt machen. Man glaubte, dass vor allem Chruschtschow, der Initiator der Anti-Stalin-Kampagne, seinen Feldzug abblasen würde, um nicht selber weggefegt zu werden.

Aber gerade das ist nicht eingetreten! Man ist nicht stehengelieben wie man vermuten konnte, sondern geht weiter auf dem Wege der Zerstörung eines Mythos. Es drängt sich die Frage auf, wie es kommt, dass Chruschtschow, der die anti-stalinistische Kampagne einleitete, die sich in Polen und Ungarn zu einer regelrechten anti-sowjetischen Kampagne ausgewachsen hat, allem Anschein nach heute noch genau so fest im Sattel sitzt wie früher, zumal er, wie auch Tito in seiner Rede vom 11. November in Pulaés bestätigte, in der sowjetischen Führungsgruppe starke Widersacher hat.

Die Antwort hierauf ist in dem engen Verhältnis zwischen Chruschtschow und dem Manne zu suchen, der sowjetischer Verteidigungsminister ist und im Gegensatz zu seinen anderen Ministerkollegen im Moskauer Führungskollektiv heute eine bedeutende Rolle spielt. Minister der

17. 11. 1956

Sowjetunion nehmen zwar in der Hierarchie der Sowjetprominenz einen hohen Rang ein, ihre tatsächliche Aufgabe erschöpft sich aber darin, empfangene Befehle auszuführen. Beim Zustandekommen dieser Befehle wirken sie nicht mit. Das war unter Stalin bereits so und hat sich bis auf den heutigen Tag nicht geändert.

Eine Ausnahme macht hier lediglich Verteidigungsminister G.K. Shukow, der gleiche Shukow, der im zweiten Weltkrieg der populärste Soldat Stalins war und von diesem zum "dreifachen Helden der Sowjetunion" (insgesamt gibt es nur zwei Männer mit dieser Auszeichnung) ernannt worden war, der gleiche Mann aber auch, den Stalin nach dem Kriege auf den Posten des Chefs des Militärbezirks Odessa abgeschoben und auf diese Weise kaltgestellt hatte. Nach Stalins Tod wurde Shukow von Chruschtschow nach Moskau beordert und zum Verteidigungsminister ernannt. In ihm hat Chruschtschow einen leidenschaftlichen Helfer gefunden, den Stalin-Mythos zu zerstören.

Marschall Shukow, Verteidigungsminister von Chruschtschows Gnaden, ist innerhalb der sowjetischen Führungsgruppe geradezu zur zentralen Figur geworden. So konnte man aus den Notizen Bulganins vom 5. November an Grossbritannien, Frankreich und Israel deutlich einen militärischen Ton, wahrscheinlich den Shukows, heraushören. Im Falle Israel mag noch eine ganz persönliche Abneigung Shukows gegen die Juden mitgesprochen haben, eine Abneigung, die auch seine eigene Tochter zu spüren bekam, als sie 1948 auf väterlichen Befehl ihr Liebesverhältnis zu einem jüdischen Studenten lösen musste.

Von ehemaligen Sowjetoffizieren, die während des Krieges unter Marschall Shukow an der ersten weisserussischen Front standen und die sich nun im Westen befinden, weiss man, dass Shukow ein Draufgänger ist, der Ambitionen hat und keine Rücksichten kennt. Es ist nur zu verständlich, dass er nach all den Jahren der Demütigung durch Stalin jetzt mit umso grösserer Konsequenz diesen Ambitionen nachgibt.

Auch Fotos aus der Sowjetpresse sind ein Anhaltspunkt dafür, dass Shukow innerhalb der sowjetischen Führung aufgerückt ist. So veröffentlichte die "Prawda" vom 1. Nov. 1956 ein Bild vom Premier Afghanistans Muhammed Daud, flankiert von Bulganin und Shukow. Erst in zweiter Reihe erscheint der erste stellvertretende Ministerpräsident Kaganowitsch, der nach der sonst sehr sorgfältig eingehaltenen sowjetischen Rangordnung eigentlich v o r dem Verteidigungsminister rangieren müsste. Ein Bild

17. 11. 1956

von den sowjetisch-syrischen Verhandlungen in der "Prawda" vom 2. Nov. d. Js. zeigt Shukow unmittelbar neben Bulganin. Und so liesse sich diese Reihe beliebig fortsetzen.

Das beantwortet die Frage, wieso die Stellung Chruschtschows, dessen Kritik an Stalin die Los-von-Moskau-Bewegung in Polen und Ungarn ausgelöst hat, immer noch unerschütterter ist: Hinter ihm steht Marschall Shukow, in dessen Hand die geballte Macht der sowjetischen Streitkräfte liegt.

+ + +

Ein Zwischenbericht

- tz, Stuttgart -

Selbst nachdem bereits eine Woche vergangen ist, lassen sich die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg nur an dem Ergebnis in den neun Stadtkreisen des Landes auswerten, die etwa ein viertel der rund 4,8 Mill. Wahlberechtigten repräsentieren. Der Ruck nach Links ist eindeutig. Bei einer mit 60,3 Prozent um 7,2 Prozent höheren Wahlbeteiligung als bei den letzten Kommunalwahlen im Jahre 1953 konnte die CDU mit 27,9 Prozent der abgegebenen Stimmen ihren Bestand nur knapp halten, während die SPD-Stimmen in den neun Stadtkreisen von 33,1 Prozent auf 41,3 Prozent angestiegen sind.

Als der grosse Verlierer muss die FDP/DVP bezeichnet werden, die um 4,1 Prozent hinter ihrem Wahlergebnis von 1953 zurückgeblieben ist. Der schon 1953 unter der Fünfprozentgrenze gebliebene BHE verlor ein weiteres Prozent seiner Stimmenzahl. Zum erstemal lässt sich bei südwestdeutschen Kommunalwahlen eine stärkere Konzentration der Stimmen auf die beiden grossen Parteien feststellen, die aber gleichzeitig auch erhebliche Gewichtsverschiebungen zugunsten der SPD im Gefolge hatte. Die für Baden-Württemberg charakteristischen freien Wählervereinigungen - es gab beispielsweise sogar eine Monarchenliste und eine Liste des Tierschutzbundes - werden die 29 Prozent der letzten Wahlen auch diesmal wieder erreichen, zumal sich besonders auf dem flachen Lande oftmals gemeinsame Wahlverschlüsse von Wählervereinigungen und politischen Parteien diese Bezeichnung gaben.

Den Beobachtungen nach stammt der starke Zuwachs der SPD zu einem erheblichen Teil aus den Kreisen der Jungwähler, sie hat aber wohl in gleichem Umfange an der grösseren Wahlbeteiligung partizipiert. Zu behaupten

17. 11. 1956

ten, dass die SPD ihren Stammgewinn aus dem Wählerstamm der verbotenen KP bezogen hätte, fällt bei den 3,2 Prozent der KP-Stimmen des Jahres 1953 selbst dem politischen Gegner der SPD schwer. Ausserdem zeigte sich, dass Gemeinden, in denen etwaige kommunistische 'Ersatzlisten' zugelassen waren, durchaus recht gehandelt haben. Es ist bisher kein Fall bekanntgeworden, in dem auf solche Ersatzlisten ein Kandidat gewählt worden wäre. Das gesunde politische Empfinden der Bürgerschaft hat sich bewährt. Einzig die Landeshauptstadt Stuttgart, wo eine offensichtlich kommunistische Ersatzliste nicht zugelassen wurde, wird wahrscheinlich noch mit einigen Schwierigkeiten zu rechnen haben, bis sein Gemeinderat bestätigt werden kann.

Ein endgültiges Bild über den Wahlausgang in Baden-Württemberg wird sich jedoch erst dann zeichnen lassen, wenn die Ergebnisse aus allen 63 Landkreisen des Landes vorliegen. Das wird noch einige Tage dauern.

+ + +

Die Macht der Nächstenliebe

D. Str. Es war in der Tat keine "journalistische Eintagsfliege", die die Mitglieder der Bundespressekonferenz in Sitzungssaal des Präsidiums des DRK in Bonn für ihre Leser und Hörer in den deutschen Ländern einfing. Was dort gesagt wurde, war wert, noch einmal gründlich überdacht zu werden. Das Ergebnis einer solchen Überlegung ist frappierend: Der Teilnehmer an der Pressekonferenz des DRK, wo der Leiter des Hilfszuges für Ungarn seine Erlebnisse berichtete, muss auf Grund der gehörten Tatsachen, die - im Gegensatz zu manchen Presseberichten - Zustand und Atmosphäre der Sowjetintervention in Ungarn, besonders aber in Budapest, mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit wahrheitsgemäss treffen, eine unverständliche Spaltung des Rechtsbewusstseins bei den kämpfenden Parteien feststellen.

Wie wäre es sonst möglich, dass auf beiden Seiten der Front, ohne Rücksicht auf Verluste bei der Bevölkerung, die für das menschliche Denkvermögen unbegreiflichen Grausamkeiten begangen werden konnten, während dieselben Parteien vor dem Zeichen des Roten Kreuzes eine lebenswerte Achtung an den Tag legten, es nicht nur tolerierten, sondern - in Falle des sowjetischen Stadtkommandanten von Budapest, General Gabrennek, - sogar bewährten, dass DRK-Hilfszug zwei seiner Angehörigen

17. 11. 1956

gen wiederzuvorschaffen, die von russischen Einsatztruppen rechtswidrigerweise gefangen genommen waren.

Geradezu unverstänglich in Anbetracht des allgemeinen Notstandes schien es uns jedoch, dass die sowjetische Kommandantur dem deutschen Hilfszug verwaltungsmäßige Schwierigkeiten machte, z.B. die Einreise ohne Visum beanstandete, die fehlende Lizenz für das Funkgerät und das Nichtvorhandensein einer Genehmigung zum Betriebe eines Krankenhauses rügte. Ein Zynismus ohnegleichen lag zudem noch in der Tatsache, dass - trotz der Turbulenz der Tage - die Ministerialbürokratie der ungarischen Hauptstadt nicht daran dachte, Rote-Kreuz-Helfern Visa zu erteilen, oder eine Genehmigung zum Betriebe eines Krankenhauses auszustellen, weil, man kann es kaum fassen, nicht nur die Dienstzeit zu Ende sei, sondern auch über kurz oder lang genügend Sanitätskräfte zur Verfügung stehen würden.

Fasst man die Gedanken, die aus dem Bericht des DRK-Hilfszugleiters abgeleitet werden konnten, zusammen, so darf man feststellen, dass das Rote Kreuz eine Macht ist, die selbst dann respektiert wird, wenn menschliche Vernunft in Blut und Eränen eingemündet ist. Und so bleibt dann dem Zuhörer dieser Konferenz das wahrlich tröstliche Gefühl, dass ein Plakat mit dem Rot-Kreuz-Zeichen und dem Verbot, das deutsche Lazarett mit Waffen zu betreten, also ein einfaches Stück Papier, russische Panzer und ungarische Widerstandskämpfer zur Achtung verpflichten konnte.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler